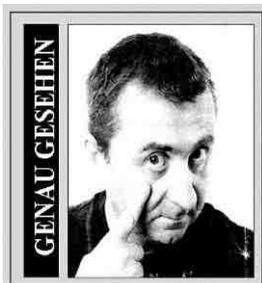


ANGEMERKT

Meinungen zur Zeit & Geschichte

Nr. / 7



Sachsen, Sachsenburg, Heidenau - von Nationalen Wallungen



Sachsenburg 1992, Limbach-Oberfrohna 2008; Freital, Heidenau, Dresden 2015 - immer wieder ist es vor allem Sachsen, das mit rassistischen Aufmärschen und der gegen Flüchtlinge gerichteten Aggressivität »besorgter Bürger« Schlagzeilen macht.

neues deutschland
Neue Zürcher Zeitung

Nicht nur dieser Umstand lässt eine Äußerung des Ex-

Regierungschefs Kurt Biedenkopf im Rückblick völlig grotesk erscheinen. Der so genannte »kleine König« hatte im Jahr 2000 behauptet, die Sachsen seien »immun« gegen den Rechtsextremismus. Die Äußerung gilt als unfreiwilliger Beleg für eine Geisteshaltung, die nicht zuletzt in der sächsischen CDU, aber wohl auch bei den Sicherheitsbehörden verbreitet ist: Der politische Gegner steht vor allem links.

Wer Aufmärsche von Nazis am 13. Februar in Dresden blockierte, galt als Störer der Trauer um die Opfer der Zerstörung und wurde durch die Mühlen der Justiz gedreht. Vor Gericht kamen zwar auch die Nazis des »Sturm 34« oder der Skinheads Sächsische Schweiz (SSS). Deren Aktivisten aber waren später in regionalen NPD-Strukturen wieder aktiv - mithin in jener Truppe, die den versuchten Aufstand der Rassisten in Heidenau ebenso mittrug wie die Klientel von Pegida, einer Bewegung, die seit

Oktober vor allem in Dresden gegen Zuwanderer, Politik und die Presse hetzt und die Hemmschwelle für unflätige Beschimpfungen, wohl aber auch für offene Gewalt enorm hat sinken lassen.

Mit den Organisatoren von Pegida traf sich Tillichs Innenminister noch zu Jahresbeginn. Die Regierung lud »besorgte Bürger« zum Dialog. Nun brüllen »besorgte Bürger« zurück. In Heidenau, Freital, Meißen, Dresden. In Sachsen. »Unserem« Sachsen.

Hendrik Lasch 25.8.2015 in neues deutschland

Sonderfall Sachsen

Auch wenn sich diese Gewalttaten über das ganze Land verteilen, stellt das ostdeutsche Bundesland Sachsen einen Sonderfall dar. Nirgendwo sonst in Deutschland sind rechtsradikale Einstellungen so weit in die Mitte der Gesellschaft vorgedrungen wie in Teilen Sachsens. Besonders deutlich wurde das im vergangenen Winter, als die islamfeindliche Pegida-Bewegung in der Landeshauptstadt Dresden mehrfach Zehntausende von Menschen auf die Straße brachte, sonst aber nirgendwo in Deutschland Fuß fassen konnte. Auch wenn die rechtsradikale NPD bei der Landtagswahl 2014 äußerst knapp den Wiedereinzug in den sächsischen Landtag verpasste, konnte sie in einigen Regionen erstaunliche Erfolge feiern.

Neue Züricher Zeitung / Schweiz

Biedenkopfs Selbstverliebtheit hat Spuren hinterlassen

Ein Interview, veröffentlicht in der **Leipziger Volkszeitung** und in der **Freien Presse**, mit **Peter Richter**, einem sächsischen Schriftsteller, der zur Zeit in den USA lebt, erregte in den letzten Wochen nach den Krawallen in Heidenau manch sächsische Gemüter. Auf die Frage: **Wie gefährlich sind da Neonazi-Schlagzeilen und rassistische Entgleisungen für den guten Ruf?** hatte er ua. erklärt:



Guter Ruf? ... Aber es lässt keinen Zweifel: Der Ruf des Landes ist so fundamental im sogenannten Arsch wie er tiefer gar nicht drin sein könnte. ... Das dürfte sich allein durch Ungerechtfinden und Selbstbeweihräucherung nicht so schnell ändern lassen.

Unter der Hauptüberschrift "Dann soll er doch dort bleiben" das Echo von nun aufgebrachten Sachsen in Leserbriefen an die Freien Presse: "Pauschal und mit Polemik", "Stolz, ein Sachse zu sein", "Wohl eine »profunde« Analyse", "Auf kluge Ratschläge verzichten", "Nicht nachvollziehbar", "Uns das Glück gönnen".

Dietmar Berger, stellv. Fraktionschef der LINKEN im Chemnitzer Stadtrat: Gefahr für den demokratischen Rechtsstaat, auch in Chemnitz

Als 1920 eine Ordnertruppe in Bayern gegründet wurde, nahm davon kaum einer Notiz. „Wehrhafte“



Bürger wollten bei politischen Veranstaltungen sich und andere schützen. Vor allem vor dem politischen Gegner, natürlich insbesondere den im linken Lager. Der Polizei traute man dies nicht (mehr) zu. Und die, die war auf dem rechten Auge blind. 1945 wurde diese Bürgerwehr als

verbrecherische Organisation eingestuft. Nun muss man nicht mit Kanonen auf Spatzen schießen, wenn sich in Ebersdorf „Bürgerstreifen“ bilden. Allerdings darf man schon mal darüber nachdenken, wo dies hinführen und wie es enden soll. Man darf auch die Sorgen und Bedenken der Bürger nicht übersehen. Gerade durch das amateurhafte und kopflose Agieren des sächsischen Innenministeriums ist besonders in Ebersdorf die



2011 in Chemnitz. Warnung vor der Nazi- Gefahr "Lasst den braunen Geist in den Flaschen" und Polizeikontrolle der Demokraten.

Situation nicht einfach. Wer allerdings die Asylsuchenden dafür verantwortlich macht, der verschließt die Augen vor den Ursachen, die auch Ergebnis der deutschen Politik sind. Bürgerstreifen? Aber in welchem Kontext? **Pro-Chemnitz- Chef Kohlmann** ist, wie auch sonst, dabei und veranstaltet ein Seminar. Die „Bürgerstreifen“ wollen laut Pro Chemnitz die „Sicherheit nicht länger dem Staatsapparat“ überlassen. Wenn man dann noch an die Kohlmannsche Forderung von vor einigen Wochen denkt, nachdem er das Tragen von Waffen bei Demos seiner Anhänger als Zeichen der „Augenhöhe“ zwischen Polizei und Demonstranten propagiert hat, dann läuft es einem eiskalt den Rücken runter. Die, die ehrlichen Herzens ihren Stadtteil „im Auge“ behalten wollen, sollten sich von denen nicht

vereinnahmen lassen.

Mich beunruhigt, dass alle Demokraten dieser Stadt, angefangen bei den demokratischen Parteien, aber auch die Presse, dazu verschämt schweigen. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Legitimität der Polizei und damit das Gewaltmonopol des Staates in Frage gestellt wird. Bürgerstreifen können auch der Nährboden für Gewaltbereite werden. Bürgerstreifen „unter Führung“ von Kohlmann & Co. bis zu Pegida sind geeignet, das gesellschaftliche Klima in der Stadt zu verpesten und insbesondere Asylsuchende zu kriminalisieren, zu verängstigen und zu bedrohen. Wehret den Anfängen. Bürgerstreifen sind nicht geeignet, gesellschaftliche Probleme zu lösen. Sie sind auch kein Beitrag zur vermeintlichen Sicherheit in dieser Stadt.

Die CDU und Pro Chemnitz haben im Mai jeweils getrennt voneinander im Stadtrat beantragt, einen Gedenkort für die Vertriebenen in der Stadt einzurichten. Insbesondere die CDU ist nun gefragt, ob es für sie Vertriebene und Vertriebene gibt. Denn Asylsuchende sind eben Vertriebene im Ergebnis von Krieg; wie die im Winter 1945.

Als 1920 in Bayern Bürger sich in einem „Saalschutz“ organisierten, nahm keiner Notiz. Und, was ist daraus geworden?

Dietmar Berger 12. August 2015

Amadeu Antonio Stiftung: Gewalt ist Ergebnis jahrelanger Verharmlosung rechtsextremer Strukturen

Timo Reinfrank, Geschäftsführer der Amadeu Antonio Stiftung: „Die

gewalttätigen Ausschreitungen in Heidenau kommen nicht aus dem luftleeren Raum. Wenn jetzt hunderte Rechtsextreme Parolen wie

„Deutschland den Deutschen“ und „Nationaler Widerstand“ skandieren und das Horst-Wessel-Lied anstimmen, zeigt das, wie der organisierte Rechtsextremismus hier lange Zeit schwelte. Die sächsische Landesregierung hat den Rechtsextremismus im Land jahrelang verharmlost. Viel zu lange wurde die Demokratiefindlichkeit und der Rassismus von Pegida als legitimer Protest „besorgter Bürgerinnen und Bürger“ verharmlost. Wenn jetzt wieder von „Asylkritik“ die Rede ist, verkennt das die Tatsache, dass diese Menschen an den Grundwerten unserer Demokratie rütteln. Wer tagelang Seite an Seite mit gewaltbereiten Rechtsextremen läuft, kann sich nicht dahinter



verstecken, ein „besorgter Bürger“ zu sein. Wie schon in **Schneeberg** macht die NPD auch in **Heidenau** keinen Hehl daraus, die Proteste zu organisieren. In Heidenau treten rechte Brandstifter auf, die Rückendeckung aus der Bevölkerung bekommen - und sie schrecken nicht vor Gewalt zurück. In dieser Stimmung verstehen sich Gewalttäter als ‚Vollstrecker von Volkes Willen‘. Die Täter feiern sich als Sieger und brüsten sich mit ihren Taten. Wenn die Sicherheitsbehörden hier nur halbherzig und unterbesetzt reagieren, ermutigt das zu weiteren Protesten und wiederholten Gewalttaten. Es ist beschämend, wie die sächsische Landesregierung trotz der Neonazi-Mobilisierung in Heidenau versagt und Flüchtlinge dem rassistischen Mob ausliefert.

Nicht zu Unrecht fallen die Parallelen zu den Ausschreitungen vor 23 Jahren in Rostock-Lichtenhagen auf. Wir dürfen nicht zulassen, dass rassistische Gewalttäter die demokratische Gesellschaft vor sich hertreiben. Diesen Menschen darf nicht die Deutungshoheit überlassen werden. Das sind keine besorgten Bürgerinnen und Bürger, die einen demokratischen Dialog wollen. Das sind Rassisten, die sich ihre Sicht zurechtlegen und mit Lügen untermauern. Es muss vermieden werden, dass Flüchtlinge gegen andere Gruppen ausgespielt werden. Deswegen sollte die Bundesregierung ab sofort alle Kosten für die Unterbringung in den Kommunen übernehmen.“, fordert Reinfrank.

**Jochen Mattern:
Die CDU hat den geistigen
Nährboden ausgerollt**



Freital, Heidenau, Dresden - immer wieder ist es vor allem Sachsen, das mit rassistischen Aufmärschen und der gegen Flüchtlinge gerichteten Aggressivität »besorgter Bürger« Schlagzeilen macht.

Längst ist eine Debatte darüber entbrannt, warum ausgerechnet im Freistaat die Abwehr des Anderen so stark ist, schon die rechte Pegida- Bewegung hatte in Sachsen ihren größten Zulauf. Den Boden dafür bereitete nicht zuletzt eine CDU, die stärker als in anderen Landesverbänden das Rechtskonservative herauskehrt, sich auf Patriotismus und »ein christliches Menschenbild« beruft. Die rassistische Welle, die in diesen Monaten durch den Freistaat zieht, ist auch ein radikalisiertes Echo dieses sächsischen CDU-Sonderwegs.

Die Mitschuld der Union am Rechtsruck in Sachsen besteht nicht in einem Mangel an Bemühungen um

den rechten Rand der Gesellschaft - im Gegenteil: Die Christdemokraten haben selbst den geistigen Nährboden bereitet, auf dem der Rechtspopulismus gedeihen konnte. Auf die aufkommende Kritik von rechts hat die Union mit »nationalen Wallungen« und dem programmatischen Vorhaben reagiert, sich als eine patriotische Volkspartei zu profilieren. Als die NPD Partei 2004 in den Sächsischen Landtag eingezogen war, glaubten die Christdemokraten mit den Neonazis um das gesunde Nationalempfinden wetteifern zu müssen. **Man fühlte sich dem Gründungsmythos des Bundeslandes verpflichtet, wonach Sachsen das Ursprungsland der national-demokratischen Revolution von 1989** gewesen sei. In Leipzig sei es gewesen, wo zum ersten Mal der Ruf ertönte: Wir sind ein Volk! ...**Der Wetteifer ums »gesunde Nationalempfinden«, zu dem sich die CDU durch die NPD herausgefordert sah, trieb seltsame Blüten.** »Deutscher Patriotismus im vereinigten Europa« nannte die CDU ihr programmatisches Vorhaben, mit dem sie die Lufthoheit über die Stammtische zurückzuerobern gedachte.

Die sächsischen Christdemokraten, die unter der Regentschaft **Kurt Biedenkopfs** im konservativen Wählermilieu eine alles beherrschende Stellung innehatten, versagen bei der Aufgabe, den rechten Rand politisch zu neutralisieren.

In Sachsen dominiert eine kulturelle bzw. religiöse Identität das Selbstverständnis der Bürgerschaft, das narzisstisch und partikular ist.

Jochen Mattern, Politikwissenschaftler in "Nationale Wallungen" in neues deutschland 31.8.2015

**Hauptkampfrichtung der Sächsische
Obrigkeit seit 1990? Links !**



**Zwischen Sachsenburg
und Heidenau
Eine kurze Erinnerung**

Die Ortseingangstafel in einer Zeit als Sachsenburg noch eine selbständige Gemeinde war. Im Wappen befand sich noch ein auf das KZ hinweisender roter Winkel.



HEIDENAU, das alte Bahnhofschild ist 2015 zu einer Art Symbol für rechtsextreme Gewalt geworden.

1992 In Sachsenburg wurde ein zur DDR- Zeit errichteten Ehrenmal für die dort zwischen 1933 und 1937 von den Nazis gefangenen über 2000 KZ

Häftlingen - Kommunisten, Sozialdemokraten, Juden, Zeugen Jehova - mit einer Nazi- Losung beschmiert. Und an dem Denkmal fand man Flugblätter einer "Nationalistischen Front Bielefeld".

Bereits vordem war schon im Gemeindeanzeiger die Bezeichnung "KZ Sachsenburg" mit einem Fragezeichen versehen. Es wurde von Amtswegen angezweifelt, ob es sich um ein KZ handelte. - Als die Nachricht die **Mitglieder der Sächsischen Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand erreichte, stand für sie fest: Hier muss Grundsätzliches besprochen werden - Wie hält es das Land, die Gesellschaft in Sachsen mit der Erinnerungskultur?**

Sie gingen sofort zum Sachsenburger Bürgermeister Herr Hofmann, zum Pfarrer, sprachen mit Einwohnern und wandten sich schließlich an den Landrat.

An den Landrat des Kreises Hainichen, Herrn Dr. Andreas Schramm schrieben die Antifaschisten: *beunruhigt durch die neonazistische Schändung des Ehrenmals im ehemaligen KZ Sachsenburg, welches dem Andenken unserer gemordeten Kameraden gewidmet wurde, wenden wir uns mit der Bitte und dem Ersuchen an Sie, unsere Bemühungen zur Verhinderung weiterer rechtsextremistischer Anschläge gegen Ehrenmal und Gedenkstätte des ehemaligen KZ Sachsenburg zu unterstützen. Im Juni erfolgte die Besudelung des Ehrenmals mit faschistischen Losungen. Daß es sich hierbei um eine Aktion neonazistischer Elemente handelt, wird durch die Tatsache erhellt, daß von den Unterzeichneten noch am 25. September auf dem Gelände des ehemaligen KZ ein Flugblatt der "Nationalistischen Front" vorgefunden wurde.(.) Uns bedrückt die Tatsache, daß seit April bzw. Juni Monate vergingen, ohne daß bisher den nazistischen Aktivitäten entgegengetreten wurde, daß die Schändung des Ehrenmals bis heute nicht beseitigt wurde. Wir halten es für erforderlich, der Welle von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus, in die wir die Vorgänge um das ehemalige KZ Sachsenburg einordnen, endlich entgegenzutreten.*

Als dann, nach Monaten, endlich ein Gesprächstermin im Dezember zustande kam, hatte hierfür der damalige Landrat Schramm (CDU) keine Zeit. Er delegierte einen Stellvertreter. Und der belehrte dabei die Kameraden, die sie faschistische KZ Sachsenhausen, Sachsenburg, Colditz, Flossenbürg, Auschwitz, durchlitten; Zuchthäuser und Gefängnisse in Chemnitz, Danzig, Waldheim, Zwickau überlebt; Strafeinheiten wie das berühmte Strafbataillon 999 überlebten mit den Worten:

Heutzutage ist ein Landrat nicht mehr der staatliche Vertreter, wie es früher einmal der Fall war [...]. Der Landrat kann nicht die Stelle sein, die jetzt „die Geschichte richtig stellt“ noch jene, die etwas an die

Schule geben könnte. Wir bitten also nicht zu hohe Erwartungen hinsichtlich Kultur und Politik an uns zu stellen. Insofern ist unser Einfluss sehr beschränkt.

Und in der Folge fand sich in der Freien Presse ein großer Leserbrief einer **Frau Hofmann**, zufällig die Gattin des Bürgermeisters. In ihm wurde Behauptet: *es gäbe viel Wichtigeres, als Mahnmale der Vergangenheit kostenaufwändig zu erneuern... die Erhaltung der Gedenkstätte wäre sinnentfremdet und würde kaum auf die Zustimmung der Bürger stoßen, die dafür mit den Steuergeldern bezahlen müßten...*



Nach den Sachsenburg-Ereignissen vergingen nicht "Jahren der Ruhe". In der "Wende-Euphorie" schien es nur als wäre alles in Vergessenheit geraten. - Dabei liefen im Raum Mittweida Neonazis und Ausländerfeinde gerade zur Bedrohung auf.

Besonders in Sachsen viel beschworen und herbeigeredet war die so genannte "Diktaturengleichsetzung". In Sachsen zeichnete sich ein "erinnerungspolitische Sonderweg" ab. Die Auseinandersetzung mit der DDR, der Stasi und allem, was man als links ansah, wurde in den Vordergrund gerückt.



Der Raum Mittweida, wozu ja bekanntlich **Frankenberg-Sachsenburg** gehört, stand wegen Neonazi-Aktionen wiederholt im öffentlichen Augenmerk. ... wieder wurde Parolen wie „Mittweida bleibt



Justin Sonder (Jahrgang 1925), der Auschwitz, Sachsenhausen und Flossenbürg überlebt hat; der spätere Diplomat Jurist und ein äußerst erfolgreicher Chef-Kriminalist in der Volkspolizei in Karl-Marx-Stadt war.

Links auf unserem Bild im Gespräch mit seinem Freund und Gefährten Erich Knorr (1912-2012) einem Treffen zu Sachsenburggedenken 2008.

Justin Sonder war mit weiteren Kameraden, die sie faschistische KZ Sachsenhausen, Sachsenburg, Colditz, Flossenbürg, Auschwitz, durchlitten; Zuchthäuser und Gefängnisse in Chemnitz, Danzig, Waldheim, Zwickau überlebt; Strafeinheiten wie das berühmte Strafbataillon 999 überlebten, bei dem Gesprächstermin in Sachsenburg, am 3. 12. 1992 dabei.

An die abendliche „Schloss-Debatte“ erinnert sich Justin Sonder noch heute: *Ich fragte die damals so energisch für die vorgeblich „Mitte der Dorfbewölkerung“ streitende Frau des Bürgermeisters, ob sie als seinerzeitiges Mitglied der DDR-Schwimmer Nationalmannschaft sich auch an einen Fehlstart erinnern könne. Natürlich konnte sie. Worauf ich ihr sagte: heute habe sie sich wieder einen Fehlstart geleistet. Denn immer kommt es auf den Anfang an. Das gilt auch beim Erinnern, Gedenken [...] Und mir fiel der Goethe-Spruch ein: Wer das erste Knopfloch in der Knopfleiste verfehlt, kommt am Ende gar nicht zurecht.*

Aus SACHSENBURG DOKUMENTE*ERINNERUNGEN NEUAUFLAGE

braun!" skandiert und es gab den berüchtigten „Sturm 34“ offiziell bis zum April 2007 gab.

Und man konnte nur den Kopf schütteln, als noch am **14. Mai 2007 in der Freien Presse zu lesen war:**

Wenn es beim Kampf gegen Neonazis konkret wird, gehen etablierte Politiker hierzulande oft nur halbherzig zu Werke. Erst heißt es, man habe gar kein Neonazi-Problem. Das werde -zum Schaden der Region - nur von den Medien herbeigeredet. Dann beginnt der Landrat einen Fördermittelantrag für Projekte gegen Rechts mit dem Satz, Mittweida sei in der Vergangenheit keine Schwerpunktregion des Rechtsextremismus in Sachsen gewesen. Und wenn es dann auf die Straße gehen soll, macht man eilig „gewaltbereite Autonome“ im Demonstrationszug aus. Die Bürger sollten also am besten zu Hause bleiben. Wie auf diese Weise das viel beschworene breite Bündnis gegen Rechts zustande kommen soll, bleibt schleierhaft.

Schwierigkeiten mit dem Erinnern - auch in Limbach-Oberfrohna

Was sich in Frühjahr 2010 im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in **Limbach-Oberfrohna** zeigte, kommt einer Tragödie gleich.

„Limbach-Oberfrohna hat ein Problem mit dem Extremismus, besonderes mit rechts. Zwischen 2004 und 2009 wurden allein 71 Straftaten

im rechten Spektrum gezählt“, stand in der Lokalzeitung zu lesen. Monatelang hatten Stadtrat und Parteien nicht reagiert. Dann wurde auf Initiative der Diakonie ein „Buntes Bürgerforum für Demokratie“ das sich gegen Rechtsextremismus wendet, gegründet.

Das reichte dem **CDU-Stadtverbandsvorsitzenden und Landtagsabgeordneten, Jan Hippold**, nicht, und ein weiterer Verein gegen Extremismus sollte gegründet werden. **Und an diesem Tisch wollte – welch Ironie der Geschichte – auch die NPD sitzen und mitmischen.**

Was auf den Widerstand vieler Demokraten stieß, die forderten: NPD Raus! Es folgten Grabenkämpfe. Ein CDU-„Argument“: Rauswurf der NPD von vornherein ist undemokratisch. Und ist nicht auch die Linkspartei verfassungsuntreu?

Wilfried Amelung, ein fleißiger und inzwischen einschlägig bekannter Schreiber von Leserbriefen in der Freien Presse, verlangte „Wir brauchen Gelassenheit“. Immerhin wurde die NPD demokratisch in den Stadtrat gewählt.

Beim „Eklat Hinter verschlossenen Türen“ (FP 25.3.2010) erreichte schließlich die CDU auch den Ausschluss von Mitgliedern der Linkspartei!

Also Antifaschisten ausgetrickst?

Vergessen z.B. die Erkenntnis eines CDU-Justizministers, dass „es bei der Auseinandersetzung mit den Nazis, auf die Zusammenarbeit aller

Demokraten ankommt. Denn, man müsse erkennen, es gebe schließlich in Sachsen ein Problem mit Rechtsradikalismus...“ Und vergessen die Mahnung der Verfassungsschützer vor der neuen flexiblen Spannweite der Rechtsextremisten; von der Demo-Aktivität bis zur „Wortergreifungsstrategie“ in den Vereinen, in der Feuerwehr, Sportvereinen, Elternvertretungen

Welch ein Signal! Welche Saat ist hier aufgegangen? In einer Zeit, in der jede Kraft, jede Stimme nötig ist, um zu verhindern, dass das nazistische Gedankengut nicht weiter Fuß fasst. In dieser Zeit, in der Antifaschismus ohne Wenn und Aber nötig ist, schließt man gewaltfreie aber konsequente Antifaschisten aus.

Warum? Weil man – wie bereits im September 2008 in einem CDU Grundsatzpapier festgeschrieben hat, das man „antiextremistisch NICHT ANTIFASCHISTISCH“ sein wolle.



Herrn Steffen Flath, der CDU-Fraktionsvorsitzenden im Landtag und der TU - Chemnitz Professor Jesse, verlangten im September 2008 in dem durch Presse und Fernsehen verbreiteten Thesenpapier: Für die CDU könne es weder mit der NPD noch mit der Linkspartei eine Zusammenarbeit

geben. Dies gelte auch für ein Bündnis mit der Linken zur Bekämpfung der NPD. Dieses helfe eher der NPD, deren Zurückdrängung Flath seinerzeit als „ureigenste Aufgabe der CDU“ bezeichnete.



Diese Aufgabe sei „antiextremistisch, nicht antifaschistisch“ orientiert. (MDR Sachsenspiegel) Mit der unseligen Gleichsetzung zwischen Extremisten und Antifaschisten wurde das Gift der Zwietracht auch in die oft mühevoll zustande gekommenen Netzwerke und Bürgerinitiativen gegen Rechtsextremismus vor Ort gesät. Die Deutungslosigkeit über Gut und Böse, über (linken) Extremismus und Antifaschismus, über demokratisch und undemokratisch wollte man sich nach der Strategie Divide et impera / Teile und herrsche selbst vorbehalten.

Man möchte also nicht „antifaschistisch“ sein! – Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg – war einst auch die ehrliche Losung vieler Antifaschisten, die Mitglieder der DDR-CDU waren. Auferstanden aus Ruinen... Alte Not gilt es zu zwingen, und wir zwingen sie vereint... Alles vergessen?

Falsches Zieren

Und diese Frage stellte sich in der Vergangenheit in der Tat auch anderen Ortes in Sachsen. Noch rememberlich wie sich bei einem Protestmeeting im **Chemnitzer Schauspielhaus** aus Anlass „100 Tage NPD im Landtag“, der damalige Fraktionschef der CDU im Sächsischen Landtag **Fritz Hähle** zierte, mit den Linken auch nur einen gemeinsamen Protest gegen Rechtsradikalismus zu manifestieren. Das war in der **Zeit, als das NSU-Trio in Deutschland seine Mörderspür** zu zeichnen begann, man es in Sachsen mit einem "Sturm 34" zu tun hatte und der Fremdenhass erste Blüten trieb...

Die salbungsvoll anheimelnden Worte wider Rechts u n d Links können es nicht verdecken: Die Herren haben mit den Antifaschisten nicht viel am Hut.

Immer andere Prioritäten

In der herrschenden Politik und ihren Medien hatte die "Auseinandersetzung" mit der DDR und ihren Funktionsträgern stets Priorität.



Und nun weiter, Herr Kupfer?

In der FP vom 3. Januar 2015 im Interview mit dem **Fraktionsvorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, Frank Kupfer** auf die Frage, „die Koalition wolle Oppositionsanträge nicht generell ablehnen - außer wenn sie von den Linken kämen“, antwortete Kupfer: „... Zu meinen persönlichen Erfahrungen, nicht nur in



den vergangenen Jahren, gehört nun einmal, dass CDU und Linke grundsätzlich andere Auffassungen haben.“ Und später weiter „...Die Linke hat ein Ziel - und das hat wenig mit Demokratie zu tun.“



"Barmherzigkeit und Schweinefleisch"

So in der **FP 2. 9. 2015** überschrieb Bericht über die Landtagssitzung vom Vortag. Darin: *Es war der **Chef der CDU-Fraktion, Frank Kupfer**, der mit seiner Rede Irritationen auslöste. Schon im Juli-Plenum fiel der im Vergleich zu **Tillichs Regierungserklärung** ein paar Minuten zuvor völlig andere Grundton von Kupfer auf. Vor acht Wochen dachten viele noch an eine Arbeitsteilung - auf der einen Seite der um Integration und Willkommenskultur bemühte Tillich als Chef einer CDU/SPD-Koalition, auf der anderen Seite der das Profil der eher konservativ tickenden Sachsen-Union schärfende Kupfer. Nach seinem Neun-Minuten-Auftritt gestern mehrten sich indes die Zweifel, ob Tillich einen solchen Flankenschutz wirklich braucht - zu weit schienen die Botschaft des einen und die des anderen auseinanderzuklaffen.*

Treffend gesagt

Traurige Entwicklung

Wohin es führen kann, wenn in einer parlamentarischen Demokratie der politische Regierungswechsel über ein Vierteljahrhundert ausbleibt, kann man leider im Bundesland Sachsen erleben. Mit den ausländerfeindlichen Pegida-Demonstrationen in Dresden fing es im Herbst 2014 an. Mittlerweile sind Anschläge auf Notunterkünfte für Flüchtlinge und Asylbewerber an der Tagesordnung. Trauriger Höhepunkt waren die fremdenfeindlichen Demonstrationen vor einer Woche im sächsischen Heidenau. Die seit 1990 ununterbrochen regierende CDU hält die Augen vor den Problemen mit dem Fremdenhass bis heute verschlossen, und Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) hat schon längst keine politische Kraft mehr, die Gesellschaft in Sachsen zusammenzuhalten. Albert Alten, Wernigerode in nd 1.9.2015 / Zu »Nationale Wallungen«

„NPD hat im Erzgebirge Struktur aufgebaut“
Forum des Landesamtes für Verfassungsschutz in Stollberg zum Thema Rechtsextremismus

Neue Prozesse gegen „Sturm-34“-Angehörige
Oberlandesgericht Dresden stuft rechtsextreme Kameradschaft als kriminelle Vereinigung

„Wir brauchen Gelassenheit“
Zum Artikel „NPD sitzt weiter mit am Bündnis-Tisch“ („Freie Presse“ vom 12. März). Darin ging es um das Bündnis für Demokratie und gegen Extremismus in Lößnitz-Oberhörnau, in dem die rechtsextreme NPD mitarbeiten will.

NPD aktiv im Bündnis gegen Extremismus
Debatte um neues Bündnis

NPD sitzt weiter mit am Bündnis-Tisch

„NPD-Treff von überregionaler Bedeutung“

Eklat hinter verschlossenen Türen

Dresden, Tröglitz, Lunzenau, Heidenau... Wer verlangt da Gelassenheit?

Uwe Kuhr
Über die Brüchigkeit Sächsischer Politik (in Freie Presse 14.9. 2015)
Immerhin musste in den 1990er-Jahren eine Sonderkommission Rechtsextremismus (Soko Rex) bei der sächsischen Polizei gebildet werden. Die wurde aber gerade da extrem geschwächt, als eine Gruppe entstand, die Deutschland jahrelang unerkannt mit rechtem Terror überzog. Es war der „Nationalsozialistische Untergrund“ (NSU) mit seinen Morden und Gewaltakten. Aus den Verfassungsschutzberichten jener Jahre verschwand der Begriff „rechtsextremer Terror“ ganz, weil es angeblich keine Hinweise gab. Entsprechend schwach war die zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem braunen Ungeist. **Kurt Biedenkopfs grandiose Fehleinschätzung**, die Sachsen seien gegen neonazistisches Gedankengut immun, war jahrelang für die CDU die Rechtfertigung für eine Kultur des Wegschauens. Augen zu und durch? Dafür gab und gibt es nach wie vor keine Rechtfertigung.
Christian Baars, NDR
Gewalt gegen Flüchtlingsunterkünfte Mehr Anschläge, wenig Aufklärung
Die Zahl der Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte ist dramatisch gestiegen. Gleichzeitig werden wenige Fälle aufgeklärt. Nach Recherchen von NDR, WDR und "Süddeutscher

Zeitung" konnten nur in zehn von mehr als 60 Fällen in diesem Jahr Verdächtige ermittelt werden.

Lager-Denken in der sächsischen CDU

Vorwurf: Sachsen kapitulierte vor Nazis
Auseinandersetzung um Demovot in Heidenau / Anschlag auf bewohntes Flüchtlingsheim bei Hameln

Chemnitzer OB: Sachsen hat keinen Plan in der Asylpolitik

Schlagzeilen in diesen Tagen

Anfang der Woche schleuderten in Porta Westfalica (Nordrhein-Westfalen) Unbekannte einen Brandsatz gegen ein Haus, in dem 37 Menschen leben. In den Tagen zuvor brannten zwei Häuser in Thüringen, in Berlin warfen Unbekannte ein bengalisches Feuer auf das Gelände einer Unterkunft. In Neckargemünd (Baden-Württemberg) warfen Unbekannte Rauchbomben in ein Haus, in Dortmund wurden Molotow-Cocktails in eine ehemalige Schule geschleudert. Dies sind nur einige Fälle aus den vergangenen 14 Tagen.

Zug der Erinnerung e. V.:
Ausgezeichnet von der EU-Kommission mit dem Golden Stars Award 2010 für aktives bürgerschaftliches Engagement

In diesen Tagen weht ein Meer deutscher Fahnen in Großdemonstrationen mit eindeutigen Parolen. Die Polizeiberichte über nächtliche Anschläge mit Brandbeschleunigern gehen in die Dutzende. **Es ist nicht übertrieben festzustellen, dass nationalistische Propaganda und völkische Radikalisierung Teile des deutschen Alltags geworden sind.** Besorgte Beobachter schreiben diese Entwicklung einer „nur noch von Hass getriebene(n) komplett abgespaltene(n) Parallelgesellschaft“ zu, die „ein anderes Deutschland will und immer weniger vor

Gewalt zurückschreckt“.*
 Diese Deutung ist nicht nur falsch, sie ist auch irreführend. Die angebliche Parallelgesellschaft ist eine Erfindung.

Sie hilft, die Ursachen der Radikalisierung anderen zu zuschieben und das übrige Deutschland zu entlasten.

Zu Recht erinnern die gegenwärtigen Ereignisse an den völkischen Nationalismus, der die Nazi-Barbarei vorbereiten half, mehrheitsfähig machte und schließlich zum Durchbruch kommen ließ.

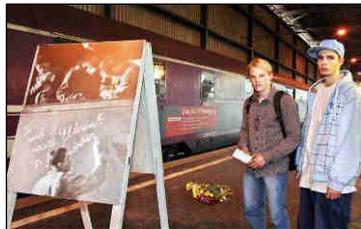
Die Täter, die staatlichen Auftraggeber und wirtschaftlichen Nutznießer gehörten keiner „Parallelgesellschaft“ an, sondern der deutschen Mehrheit. Eine wirkliche Abrechnung ihrer Taten ist nie erfolgt; die gesellschaftliche Ächtung bleibt unerledigt.

Deswegen können sich die heutigen Wiedergänger ermutigt fühlen.*

Frankfurter Rundschau vom 01. Oktober 2015.
 Kommentar: Was wirklich den Ruf ruiniert

Appell zur Unterstützung für Jüdischen Gemeinde von Thessaloniki

Der „Zug der Erinnerung“ fordert die Rückzahlung der Einnahmen aus den antisemitischen Massendeportationen in Griechenland zum einen, weil den Opfern und ihren Nachkommen endlich Genugtuung geschehen muss.



Am Zug der Erinnerung 2008 in Chemnitz

Zum anderen und zugleich fordern wir die Rückzahlung, um die Wiedergänger zu warnen: Sozialchauvinismus und völkischer Größenwahn haben einen hohen Preis. Das reiche Nachkriegsdeutschland hat ihn nie bezahlt. Bevor dieser Preis nicht entgolten ist, wird Europa mit Deutschland nicht in Frieden leben. Die Bundesregierung weigert sich, diesen Forderungen zu entsprechen. Sie hält es nicht einmal für nötig, die gemeinsamen Schreiben der Jüdischen Gemeinde von Thessaloniki und des „Zug der Erinnerung“ zu beantworten. Die Bundesregierung fürchtet Öffentlichkeit. Die zuständigen Ministerien versuchen, die Opfer und ihre Nachfahren mit „humanitären Gesten“ abzuspiesen, statt in vollem Umfang den Fahrpreis zu erstatten, den

die „Deutsche Reichsbahn“ für die Massendeportationen von über 50 Tausend Menschen nach Auschwitz in Rechnung stellte: einen Betrag im heutigen Wert von 89 Millionen Euro.

Der „Zug der Erinnerung“ steht kurz vor Abschluss seines Beweissicherungsverfahrens, für das wir um Ihre Unterstützung bitten.**

<http://www.zug-der-erinnerung.eu/appell/index.php>
 Zug der Erinnerung e.V.

Flüchtlingspolitik ist verfehlt - Zu fragen ist nach Ursachen und Wirkungen



Die Flüchtlingstragödie zeigt mehr als deutlich, dass Menschen zu Tausenden vor Krieg und Armut fliehen, weil eine verfehlt Politik in Afrika und dem Nahen und Mittleren Osten etliche Staaten zerfallen ließ. Sie hat die Länder in den Ruin getrieben. Die Folgen bekommt man gerade in Deutschland zu spüren. Besonders in Osteuropa sperrt man sich nämlich gegen die Aufnahme von Flüchtlingen, möchte viel lieber Waffen, um den Russen zu zeigen, was eine Harke ist. Es zeigt sich schließlich, dass das kapitalistische System in der »freien Welt« nicht in der Lage ist, Kriege, Hunger, Krankheiten und Armut zu überwinden. Hoffentlich bewirkt die gegenwärtige Situation, dass in den Köpfen einiger Politiker endlich ein Umdenken einsetzt, denn so wie bisher wird man nicht weiter wirtschaften können.

Horst Pawlitzky, Leipzig 17.9.2015

Wieder ganz vorn

Spätestens seit der Münchener Sicherheitskonferenz 2014 weiß man: Die deutsche Obrigkeit will in der Welt wieder ganz vorn mitmarschieren, noch vor der Kappelle. Schon gehört die Bundeswehr zur Speerspitze der NATO vor Russland.

Der Auftritt des Dreigestirns auf der Münchner Bühne wurde in der Presse als »machtpolitischer Befreiungsschlag eines >erwachsenen< Deutschland« (»Spiegel Online« am 2.2.2014) wahrgenommen und gefeiert.



Gleich drei prominente Politiker sind auf der Münchner Sicherheitskonferenz in die Butt gegangen: Ein Bundespräsident, eine Verteidigungsministerin und ein Außenminister taten kund, »die Welt« warte nur darauf, dass Deutschland wieder eine »Führungsrolle« spiele.

Bei schwereren Menschenrechtsverletzungen hätten »wir« eine moralische Pflicht, militärisch einzugreifen: »Das Prinzip der staatlichen Souveränität und der Grundsatz der Nichteinmischung dürfen gewalttätige Regime nicht unantastbar machen.« Sprich: »Wir« haben grundsätzlich das Recht, Regime zu dulden oder auch nicht. Gewalttätig sind eh immer nur die anderen, außerdem definieren »wir«, was gewalttätig ist....

...Dieses Interesse hat Gauck nicht erfunden, es ist vorgegeben seit den Strategiepapieren der Bundeswehr und der NATO in den 1990er Jahren und bildet die Leitlinie, an der sich alle Bundesregierungen orientieren.

Angela Klein
Aus nd 26.2.2014

...und erinnern auch:

Eric Hobsbawm (1917- 2012) Historiker, Sozialwissenschaftler : Wir leben heute im großen Zeitalter der historischen Mythologie. Geschichtsschreibung war in der Bundesrepublik selten der Versuch, dem Publikum die wesentlichen Zusammenhänge zu erklären. Die Erinnerungen werden umgeschrieben und umerfunden, um sie für die eigenen Zwecke nutzbar zu machen. Der Umgang mit dem Nationalsozialismus ist dafür das beste Beispiel.

Fritz Bauer (1903-1968) Generalstaatsanwalt in Hessen, Ankläger in Auschwitz-Prozessen in Braunschweig und Frankfurt/M.: Nichts gehört der Vergangenheit an. Alles ist Gegenwart und kann wieder Zukunft werden.

ANGEMERKT / GENAU GESEHEN ist eine Wortmeldung des Freundeskreises Neue Zeit Geschichte Chemnitz. Sie zitiert und kommentiert auch ausführlich öffentliche Medien, weil sich manch einer diese Medien aus finanziellen oder anderen Gründen nicht mehr leisten kann oder will. Collagen aus SACHSENBURG / DOKUMENTE + ERINNERUNG/ NEUAUFLAGE / Fotos Rothaus / Jattke

ZUR ERINNERUNG: AUCH SO GEHT SACHSEN



Aus Der Fall Bretschneider / Eine Geschichte um Geschichte Von M. Bartsch

Der Rentner Wilfried Bretschneider
In Döbeln aber rührte sich erst ein Kopf und dann eine Hand gegen einen Zeitungeist, einen gedankenlosen Opportunismus, der viel mit der Linksphobie im Lande zu tun hat. Der Rentner Wilfried Bretschneider aus dem winzigen, zwischen Leisnig und Hartha gelegenen Dörfchen Queckhain wollte die Jahreszahlen auf dem Gedenkstein nicht hinnehmen, die indirekt die Nazidiktatur und die DDR gleichsetzen. „Zum Gedenken an die Lehrer und Schüler, die Opfer von Krieg, Unrecht und Willkür wurden“, steht eingraviert auf dem Stein zu lesen, und darunter die Jahreszahlen „1933 - 1989“. Letztere Zahl ist inzwischen mehrfach durchgestrichen und durch ein gleichfalls häufiger nachgezogenes „heute“ ersetzt worden. Dafür stand Wilfried Bretschneider vor Gericht, dafür wäre er sogar ins Gefängnis gegangen. „Das ist eine Beleidigung aller anständigen Menschen und eine Verhöhnung der wahren Opfer des Zweiten Weltkrieges!“, rechtfertigte er sich wiederholt.